

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 10.— M., im voraus zahlbar. Für den Bezug nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutsch-land und Österreich 15.— M., für das übrige Ausland 24,00 M., zuzüglich Porto + Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 25.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 84b.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oben rechts kostet 1.— M., einschließlich Steuerungsgebühr. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gebrauchs-Belege 1,20 M. netto pro Zeile. Gebrauchs-Belege in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistischer Protest gegen Gewalt

Der Ernst der Stunde

Paris, 17. April.

Der Abgeordnete Blum schreibt im „Populaire“, Freitag habe im Elysee ein wahrer Kriegszustand stattgefunden; er sei nicht im geheimen abgehalten worden, sondern offiziell als großes Spektakel mit großem Geräusch. Zu gleicher Zeit meldeten einige offizielle Blätter, daß zwei Jahresschiffe einberufen würden. Die feste Hand werde also niederkommen, der Gendarm werde sich vorwärtsbewegen. Man müsse gestehen, daß Poincaré es nicht hätte besser machen können. Blum fragt, was bei diesem Abenteuer aus den Reparationen und dem Frieden werde. Die schlimmste Gefahr der Einschüchterungspolitik sei, daß man oft Gefangener seiner Bedrohungen werde; die schlimmste Gefahr der Zwangspolitik sei, daß man sich verpflichte, dabei zu beharren. Eine Zwangsmahnahme ziele die andere nach sich, die Gewalt rufe nach Gewalt, und so höre man wieder das Gekröse der Waffen. Es sei menschlich nicht möglich, daß man bis zum Ende dieser Tollheit gehe. Was immer auch die Komödie des Scheins und der Schrei einer überregten Presse sein möge, der Wille Frankreichs sei nicht zweifelhaft, es wolle den Frieden, wie die ganze Welt ihn wolle. Das sei nicht bloß der Schrei einer einzelnen Partei, das sei der Wille der gesamten Nation, und die, die ihn verlernen würden, würden bald dessen Stärke fühlen.

Auch das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ fragt, ob man wieder zur Kriegszeit zurückkehren. Entgegen dem, was die Agitatoren und Rührer des Nationalismus behaupteten, sei es unmöglich, durch neue militärische Operationen die deutsche Politik in Bezug auf die Reparationen zu ändern. Die Arbeiterklassen beider Länder seien von dem Gedanken durchdrungen, daß nur ein offenes Spiel eine wünschenswerte Lösung bringen könne. Man müsse raschestens mit dem aufrichtigen Wunsch nach Reparation und Einverständnis verhandeln. Es gebe kein anderes Mittel, aus der jetzigen Sackgasse herauszukommen. Das werde die beiden Parteien einander viel näher bringen als alle kriegerischen Hausaren, selbst wenn sie Barrikaden erschüttern würden.

Ueber die Konferenz selbst, die am Freitag bei Millierand stattfand, berichtet „Petit Parisien“, es sei beschlossen worden, eine gemischte Kommission einzusetzen, die die Vorschläge unsarbeiten soll, die nach dem 1. Mai den Alliierten unterbreitet werden sollen, wenn Deutschland nicht nach dem Friedensvertrag von Versailles seine Verpflichtungen bis dahin erfüllt. Diese gemischte Kommission wird am Montag eine Sitzung abhalten, an der u. a. Marshall Foch und General Weygand, Louchet und Gendouy teilnehmen werden.

Das Blatt sagt weiter, da die Konferenz der Alliierten nicht vor den ersten Mai tagen könnte, würden die französischen Sachverständigen ungefähr 14 Tage Zeit haben, um ihre Arbeit zu vollenden. Gewisse Fragen müßten geklärt werden, vor allem die, wie weit die alliierten Truppen vorrücken sollten und wie man die Bewohner der besetzten Gebiete ernähren solle. Das militärische Problem könne also nicht von dem wirtschaftlichen getrennt werden. Die Hauptfrage aber sei, wie man sich bezahlt machen könne. Wenn man beispielsweise eine Steuer auf die Kohle des Ruhrgebietes lege oder die Kohlengruben beschlagnahme, die im Staatsbesitz seien und deren jährlicher Ertrag auf 13 Millionen Tonnen geschätzt werde, so erhalte man nicht viel. Eine Kohlensteuer von 50 Prozent des Wertes ergebe keinen höheren Betrag als 700 Millionen Goldmark. Der Wert der Staatsgruben überschreite nicht 500 Millionen Goldmark. Man sei also weit entfernt von den Milliarden Goldmark, die man für die Reparationen nötig habe. Höchstens könnten die Erträge im Ruhrgebiet die Besetzungskosten decken und einen kleinen Betrag für die Reparationen übriglassen. Die Besetzung des Ruhrgebietes oder jedes anderen industriellen Bezirks müsse also viel eher als ein Druckmittel auf Deutschland denn als ein Zahlungsmittel angesehen werden.

Das französische Blatt gibt also ganz offen zu, daß durch die militärischen Maßnahmen allein keine neuen Geldquellen erschlossen werden können. Es bleibt nichts übrig, als sich wiederum an den Verhandlungstisch zu setzen. Daß es, um dieses zu erreichen, neuer militärischer Druckmittel bedürfe, ist falsch. Die schaffen nur die Erbitterung und verstärken überall die nationalistische Stimmung und die Stellung der Katastrophen-Politiker.

Unsere französischen Genossen haben ausgesprochen, daß die Politik der „niederlassenden Faust“ nicht die Politik des französischen Volkes ist. Ebenjowenig ist Ablehnung der Wiedergutmachungspolitik des deutschen Volkes. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, ihrerseits dem Ernst der Situation entsprechend zu handeln.

Neue Vorschläge Deutschlands in Amerika überreicht?

Der „Intransigent“ meldet: Die Vereinigten Staaten haben die Vorschläge Deutschlands durch einen zentralen Vermittler erhalten. Der wesentliche Inhalt der Vorschläge ist, wie das Blatt zu wissen glaubt, der Plan

einer internationalen Anleihe und die Übernahme der Ententeschulden an Amerika durch Deutschland.

CC. London, 18. April.

Der „Observer“, der die Ansichten Lord Georges wiedergibt, erklärt heute: Die englische Regierung versichert, daß ihr bis jetzt noch keine genaue Mitteilungen über neue deutsche Vorschläge gemacht wurden. Sobald aber diese übermittelt werden und die Regierung darin geeignete Grundlagen finden würde, auf denen die neuen Verhandlungen basieren könnten, würde sie evtl. für eine Aufhebung der Zwangsmahnahmen eintreten.

Amerika beteiligt sich wieder

Nach einer Hasardmeldung aus London kündigt eine Washingtoner Depesche offiziell an, daß die Vereinigten Staaten entschieden hätten, sich auf den Konferenzen über die Reparationsfrage, sowie bei allen anderen, die sich auf Fragen beziehen, die durch den Krieg veranlaßt wurden, vertreten zu lassen.

Ersatzwahlen in Frankreich

Die Ersatzwahlen für die Kammer in den Departements Cotes du Nord haben folgende Ergebnisse gehabt: Im Departement Cotes du Nord erhielten die Liste der Gemäßigten 30 000, jene der Sozialisten etwa 3000 Stimmen; im Departement Dise entfielen auf die Linke 25 000, auf den sozialistisch-republikanischen Block 25 000, auf die Einheitssozialisten 10 000 und auf die Kommunisten ebenfalls 10 000 Stimmen. In beiden Wahlkreisen finden Stichwahlen statt.

Fortdauer des englischen Kohlenarbeiterstreiks

CC. London, 18. April.

In Süd-Wales sprachen sich die Bergarbeiter für die Fortsetzung des Streiks aus. In anderen Bezirken sind die Ansichten unter der Arbeiterschaft geteilt. Als Folgeerscheinung des Streiks mühten bereits in vielen Teilen des Landes industrielle Unternehmungen den Betrieb einzustellen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst daher stündlich. Die englische Admiralität ist daher gezwungen, sich Kohle aus Neu-Schottland zu besorgen, während die Betriebe daran denken, die Kohle aus Amerika zu beziehen.

Deutschösterreich und der Anschluß

Am Sonntag fand in Wien eine Kundgebung für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland statt. Die Kundgebung zeigte offenbar in nationalistische Hege aus, was schon daraus hervorgeht, daß vor der französischen Gesandtschaft demonstriert wurde. Eine größere Abordnung erschien beim Bundeskanzler Dr. Marx, um ihm eine Entschlüsselung vorzulegen, in der die Regierung und der Nationalrat aufgefordert werden, sofort alles einzuleiten, was zur Annahme des Anschlusses erforderlich ist, und vor allem die Volksabstimmung sofort vorzunehmen.

Bundeskanzler Marx nahm die Entschlüsselung zur Kenntnis und erklärte, er könne sich der Anschauung nicht anschließen, daß der Weg der Kredit nicht weiter verfolgt werden solle. Dieser Weg müsse vielmehr erst zu Ende gegangen werden, und es könne seiner Überzeugung nach nicht mehr lange dauern, bis auf ihm ein Ergebnis erreicht sei. Er bitte daher noch um einige Wochen Geduld. Den Weg des unmittelbaren Anschlußbegehrens könne die Regierung in diesem Augenblicke nicht beschreiten, da Österreich dann keine Kredite bekommen würde, ganz abgesehen davon, daß man Österreich den Anschluß gar nicht gestatten würde. Auch Deutschland könne gegenwärtig Österreichs Anschluß nicht zugeben und nicht wünschen, da es sich selbst in sehr schlimmer Zwangslage befindet. Ich muß daher, fuhr Bundeskanzler Marx fort, Ihren Schritt im gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht glücklich bezeichnen, allzuviel fröhlich auf dem Spiele. Durch einen unbedonnenen Schritt unsererseits könnte selbst das Burgenland noch verloren gehen und auch das Sozial Oberösterreichs ungünstig beeinflusst werden. Bedenken Sie auch, daß wir ohne auswärtige Hilfe vielleicht schon in zwei Monaten nichts mehr zu essen haben und in größte Ernährungsnot geraten kommen müßten. Die Regierung muß daher gegenwärtig dringend bitten, wenigstens in den nächsten Wochen, bis die Entscheidung in der Frage der Kredite gefallen ist, von beratenden Kundgebungen abzusehen. Ich höre, daß Demonstrationen vor der französischen Gesandtschaft stattgefunden haben und muß sie als schädlich bezeichnen und auch aus internationalen Gründen ablehnen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Anschlußverlangen Deutschösterreichs sowohl in wirtschaftlicher, als auch in politischer Beziehung durchaus gerechtfertigt ist. Aber man muß doch dem österreichischen Bundeskanzler zustimmen, wenn er sagt, daß der jetzige Zeitpunkt für die Verwirklichung der Volkswahl nicht günstig sei, denn wer richtig politisch denkt, muß auch den richtigen Zeitpunkt wählen und die Machverhältnisse ins Auge fassen.

Das Antistreikgesetz

Von E. Kuschhäuser

Seitdem die Gewerkschaften als die berufenen wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer Anerkennung gefunden haben und seitens der Behörden zu den Beratungen über wichtige Gesetzesvorlagen hinzugezogen werden, hat die Teilnahme der Massen an der kritischen Behandlung der sozialpolitischen Gesetzentwürfe vielfach bedenklich nachgelassen. Früher, als die Gewerkschaften mit den Behörden hauptsächlich auf dem Eingabeweg verkehrten mußten, ohne daß eine unmittelbare mündliche Verhandlung möglich war, debattierten Gewerkschaftsführer und Mitgliedschaften in den Versammlungen über diese Gesetzesvorlagen, um dabei die notwendige Kritik zu üben, bevor sich die Parlamente damit befahen. Heute wird in den Kommissionen des Reichsarbeitsministeriums und an ähnlichen Stellen durch die Gewerkschaftsvertreter eine umfangreiche, ja teilweise geradezu aufreibende Mitarbeit geleistet, doch stehen derartige Arbeitsausflüsse den Mitgliedschaften isoliert gegenüber. Insbesondere pflegen sich Arbeiterversammlungen (bei den Angestellten liegt es noch etwas günstiger) nur noch sehr selten mit sozialpolitischen Gesetzentwürfen zu beschäftigen. In dieser Handhabung liegt eine Gefahr, denn nach der Verabschiedung der Gesetze zeigt sich meist erst, wie sehr die gesamten Arbeiterinteressen von solchen Vorlagen berührt werden. Ein geradezu klassisches Beispiel, wozu ein solches Desinteressement der Arbeitermassen an der sozialpolitischen Gesetzgebung führen muß, hat sich beim Betriebsrätegesetz gezeigt, dessen unsoziale Ausgestaltungen die meisten Arbeiter erst bei der praktischen Durchführung zu fühlen bekommen haben. Wir haben in diesem Jahre mit der Schaffung einer Schlichtungsordnung zu rechnen, deren Tragweite der des Betriebsrätegesetzes gleichkommen wird, und es wäre später wahrscheinlich kaum noch gutzumachen, wenn etwa auch bei diesem Gesetz die Diskussion in den Betrieben und den allgemeinen Arbeiterversammlungen erst mit dem Einsetzen der parlamentarischen Beratungen beginnen sollte.

Das Schlichtungsverfahren bedarf zweifellos einer allgemeinen und einheitlichen gesetzlichen Regelung, und es soll nicht verkannt werden, daß der jetzt veröffentlichte Entwurf des Reichsarbeitsministeriums die rein technische Behandlung der Streikfälle besser als bisher regelt. Die Gefährlichkeit dieser neuen Schlichtungsordnung besteht aber darin, daß grundsätzlich die Entschließungsfreiheit der organisierten Arbeiter und Angestellten über ihre kampftaktischen Maßnahmen beseitigt wird. Als Zweck und Ziel des Schlichtungsverfahrens bezeichnet der Entwurf zwar einleitend die Herbeiführung einer gütlichen Einigung zwischen den streikenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen. In den einzelnen Paragraphen wird aber im Gegenteil zu dieser Ankündigung das Prinzip der Zwangsschlichtung gesetzlich festgelegt.

Zur Beurteilung der geplanten grundsätzlichen Änderung muß vorausgeschickt werden, daß der Tarifgedanke und das mit ihm verbundene Schlichtungsverfahren niemals zu Aufgaben oder zur Beschränkung des Kampfstandpunktes führen dürfen, der in einer kapitalistisch orientierten Warenerzeugung und Warenverteilung Voraussetzung jeder freien Gewerkschaft sein muß. Die Notwendigkeit weiterer Vertiefung des Tarifwesens darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß tarifliche Abmachungen keine Aufhebung des Kampfes zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft, sondern lediglich einen Waffenstillstand darstellen. Die daraus entstehenden Bindungen und die zur Schlichtung von Kollektivstreitigkeiten bestehenden gesetzlichen Einrichtungen dürfen daher nicht zur Entwaffnung der Arbeitnehmerorganisationen führen. Wir müssen uns also mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß den organisierten Arbeitnehmern durch Gesetz der Gebrauch aller ihnen zur Verfügung stehenden organisatorischen Machtmittel erschwert und unmöglich gemacht werden soll.

Das Unternehmertum ist durch den Besitz der Produktionsmittel in einer gewaltigen Machtposition, und die Regierung hat bisher keinerlei Neigung gezeigt, die kapitalistische Welt der irgendwie zugunsten einer sozialistischen Produktion einzunengen. Die Arbeiter und Angestellten dagegen haben im Kampf gegen das Unternehmertum als letztes Mittel nur die organisierte Verweigerung ihrer Arbeitskraft zur Verfügung. Die unbedingte Aufrechterhaltung des Streikrechtes gehört zu den Grundrechten der arbeitenden Menschen. Die Entscheidung über Anwendung und Gestaltung des Streiks auch nur in bestimmter Weise in die Hände der behördlichen Bürokratie zu legen, wäre auch mit dem in der Reichsverfassung gewährleisteten Koalitionsrecht unvereinbar. Der Gesetzentwurf enthält aber die zwingende Vorschrift, daß die Beteiligten von den Schlichtungseinrichtungen Gebrauch machen müssen bevor Arbeiterkämpfe anfangen. Das Reichsarbeitsministerium beruft sich darauf, daß die Gewerkschaften für ihre Mitglieder heute schon dieselbe Verpflichtungen eingestrichelt haben. Es ist aber ein wesentlicher Unterschied, ob die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer freien Organisation bestimmte Richtlinien vereinbaren, nach denen

die Gesamtbewegung zu führen ist, oder ob hier eine behördlich-bureaucratische Streikordnung geschaffen werden soll, deren Verletzung straf- oder zivilrechtliche Folgen nach sich zieht. Die Gewerkschaften werden auch in Zukunft instruktive Verbandsvorschriften befolgen, nach denen allgemein jedem Arbeitskämpfe die Anrufung einer Schlichtungsbehörde vorausgehen soll, sie können aber nicht bereit sein, das Selbstbestimmungsrecht der organisierten Arbeitnehmer über die Anwendung ihrer Kampfmittel preiszugeben.

Das Streikrecht würde aber völlig zur Farce, wenn die für lebenswichtige Betriebe im § 53 enthaltenen Bestimmungen Geseh werden sollten. Danach legt der Beginn einer Arbeitseinstellung voraus, daß in geheimer Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit Beschluß gefaßt worden ist, und zum Spott der Arbeiterbewegung soll der Gewerkschaftsausschuss bei der Feststellung des Ergebnisses und seiner Durchführung zugegen sein. Schließlich wird der Rest jeder Entscheidungsfreiheit für diese Angestellten und Arbeiter aufgehoben, indem zwischen der Verhängung des Schiedspruches und dem Beginn des Arbeitskämpfes eine Woche verstrichen sein muß. Die Mehrheit bei der Abstimmung soll nicht nach der Zahl der abgegebenen Stimmen, sondern nach der Zahl der gesamten Belegschaft festgestellt werden. An gemeinnützigen Betrieben werden genannt die Krankenhäuser, die landwirtschaftlichen Betriebe, die Reichsbahn, die Reichsdruckerei, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Es können aber auf Antrag der Reichs- und Landesbehörden sowie der Bezirkswirtschaftsräte auch andere Betriebe dauernd oder vorübergehend als gemeinnützig erklärt werden. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger hat bereits beantragt, auch die Zeitungsunternehmen als lebenswichtig zu erklären, andere werden folgen.

Nun ist bekannt, daß die Gewerkschaften wiederholt das Verlangen gestellt haben, in Verhandlungen mit der Reichsregierung Maßnahmen zu vereinbaren, wonach die Entscheidung über Streiks in lebenswichtigen Betrieben nicht von der betreffenden Belegschaft oder ihrer Berufsgewerkschaft allein getroffen werden soll, und es besteht durchaus die Möglichkeit, auch im sozialen Kampfe die Gesetze der Menschlichkeit voll zu wahren. Wenn aber hier der Versuch gemacht wird, unter Hinweis auf die Unbesonnenheit einiger gewissenloser Moskauer Südblinge Tausende und Zehntausende von Arbeitnehmern im sozialen Kampfe mit ihren Unternehmern einfach wehrlos zu machen, so fordert diese gesetzliche Unterdrückung der Arbeiterbewegung zum schärfsten Widerspruch heraus.

Auch sonst wird über die 128 Paragraphen dieser „Schlichtungsordnung“ noch eingehend gesprochen werden müssen, vor allem auch über die Rechtsverbindlichkeit der Schiedsprüche, die Bestellung der unparteiischen Vorsitzenden usw. Zunächst aber muß die grundsätzliche Frage geklärt sein, ob unter dem Deckmantel eines Gesetzes über das Einigungswesen der Arbeiter das Streikrecht einsehen soll.

Der Geschäftsordnungs-Ausschuss des Landtages sprach sich in seiner Sonnabend Sitzung für die Aufhebung der gerichtlichen Befehle gegen Frau Abg. Dr. Wealshelder (So.) und Abg. D. Schuster, Hannover (D. V.) aus. Sodann beriet der Ausschuss über den Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur Strafgerichtlichen Verfolgung und zur Inhaftnahme des Abg. Scholem (A. R. P. D.) wegen Hochverrats.

Presserverbote durch die Befehlsgewalt. Durch die Interalliierte Kommission in Opelein ist die „Deutsche Zeitung“ bis zum 21. April verboten worden. Die Interalliierte Rheinland-Kommission hat den „Frankfurter Kurier“, die Münchener Wochenchrift „Jugend“ und das „Freie Wort“ - „Essen für drei Monate im besetzten Gebiet verboten.

Lord George Mitglied der konservativen Partei. Die allgemeine Ueberzeugung, daß Lord George sich ausschließlich zur Tories Partei bekennen würde, erhielt Sonnabend ihre endgültige Bestätigung durch die Rede Lord George's, in der dieser Lord George als das neueste Mitglied der konservativen Partei begrüßte mit der Erwähnung, daß jeder-mann diese Tatsache vor sieben Jahren als eine Unmöglichkeit betrachtet haben würde. Die Mitteilung veranlaßte einen gewaltigen Jubel unter der Führerschaft.

Im Blütenlande an der Unterelbe

Von der Unterelbe schreibt man uns: Nun hat das Blüten des hohen Frühlings in Busch und Baum und Garten wieder eingesetzt. Früher als sonst hat sich unter dem Einflusse sonniger warmer Witterung trotz mancherlei Kälteeinbrüche die Obstblüte bereits Anfang April erschlossen. Da lohnt es sich vor allem, einmal durch die herrliche Landschaft an der Unterelbe zu wandern.

Auch die „Obstammer Hannovers“, das Alte Land, steht jetzt im schönsten Schmuck der Baumbüte. Die Obstammer von Hannover schlechthin ist das „Alte Land“ zwar eigentlich nicht, denn das meiste, was in jenem gesegneten Landstrich an Äpfeln und Pfäusen gedeiht, geht nach Hamburg, Berlin usw. In der Zeit der Kirchentage zumal gehen unzählige Erwer, mit dieser wohl-schmeckenden, sehr geschätzten Frucht beladen, elbawärts nach Blankenese und Hamburg, und auch die zahlreichen Dampfer, die mehr dem Personenverkehr auf der Unterelbe dienen, sind zu jener Zeit mit Körben voll Äpfeln beladen, jener süßen Frucht, die in den Städten so sehr begehrt wird. Wenn zu jener Zeit die Reisenden auf den Dampfern ihre Blicke über die Hügel der Röhre schweifen lassen, dann denken sie wohl kaum mehr an die Blütezeit, die alljährlich mit ihrer Pracht ein Meer von Duft und Wärme über das „Alte Land“ breitet. Aber jetzt, da Blüte sich an Blüte drängt und das frische Grün der neugeborenen Blättchen sich schüchtern im Blütenstaube verbirgt, da genießen Tausende und Aber-tausende den fast märchenhaften Reiz, den in solcher Eigenart wohl nur das „Alte Land“ zu bieten vermag. Man stelle sich vor: von der Mündung des Schwingelusses unterhalb Stade bis Hinkenwärd und belinde bis vor die Tore Harburgs, also eine Strecke von etwa 35 Kilometern, ein einziger, riesiger im Verhältnis zu seiner Längsausdehnung allerdings schmaler Obstwald, nur wenig unterbrochen von Ackerfeldern und grünen Weiden!

Die Hügel der Altländer Obstgärten lagern sich, eng aneinander-schließend, wie eine lange Zelle zu beiden Seiten der Städte-Französer Chaussee. Raum, daß man wahrnimmt wo die eine Obstgärten aufhört und die andere beginnt. Die Hügel liegen fast überall inmitten ihres Grundbesitzes; die mächtigen Bauernhäuser führen über oft kunstvoll und materlich gestalteten Stiebelwände der Wandstraße zu. Weidlich sauber gehaltenes Keins Vorgärten nehmen den Raum zwischen Haus und Dorfstraße ein. Und jedes Geschäft, jeder Obstweg ist durch Wassergräben vom Nachbargrundstück und von der Landstraße getrennt. Meist führen schmale angelegte Ueberbrückungen von der Chaussee in den Hof.

Der Ertrag der Grundstücke beruht hauptsächlich im Obstbau, vor allem in der Steinobstkultur. Zwischen den Wassergräben erheben sich langgestreckte Erdrücken, mit prächtigem Gras

Die Leviten

Allerlei Erklärungen

Brah, Däumig, Gener, Adolph Hoffmann, Klara Zeitlin, Edert, Malzahn und Paul Neumann veröffentlichen in der „Roten Fahne“ eine Erklärung. Die B. R. P. D. habe durch die Einleitung einer putschistischen Aktion die klare Linie der Grundzüge der 3. Internationale verlassen. Sie schließe Levi aus, um aus der grundsätzlichen Frage der Taktik einen persönlichen Fall Levi zu machen und damit der rückwärtigen Kritik aus dem Wege zu gehen. Die Leviten verlangen deshalb die schleunigste Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, da nicht selbstherrlich durch die Zentrale über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg über Fragen entschieden werden dürfe. „Von denen die gesunde Existenz der Partei abhängt“. Nur ein Parteitag besitze die Autorität, um der augenblicklich herrschenden politischen und organisatorischen Verwirrung und Zerfegung in der Partei entgegenzutreten.

Als auch diese ihren Ausschluß aus der B. R. P. D. entgegenstehenden Anhänger Levi geben sich noch dem Glauben hin, daß die kommunistische Partei noch eine politische Zukunft haben könnte. Auch sie sapierten nicht, daß die Aktion von Mitteldeutschland durchaus nicht im Widerspruch steht zu den Thesen von Moskau, sondern daß sie nur die von uns längst als unannehmlich vorausgesetzte Folge der Uebertragung der Moskauer Taktik auf deutsche Verhältnisse darstellt. Die jetzige Zentrale hat schon recht, wenn sie sich auf die vollständige Uebereinstimmung mit den Moskauer beruft. Die Leviten, die das leugnen, beschwindeln entweder die kommunistischen Arbeiter oder sind politische Rindsköpfe geblieben, als die sie sich bisher stets erwiesen haben.

Von besonderer Bedeutung ist indes der zweite Passus der Erklärung, in dem es heißt:

2. Soweit die Unterzeichneter an der Sitzung des Zentralkonferenzen vom 17. März teilgenommen haben, erklären sie, daß die von dem Genossen Levi angeführten Äußerungen einzelner Zentralmitglieder durchaus wahrheitsgetreu wiedergegeben sind. Alle anderen angeführten Tatsachen und Äußerungen sind durch Zeugen bewiesen. Der Hinweis auf angeblich juristische Folgen dieser Veröffentlichung ist nichts anderes, als der Versuch, jede rückwärtige und klare Kritik der Haltung der Zentrale unmöglich zu machen. In Wirklichkeit ist die Schrift des Genossen Levi die unzweideutige Verteidigung der vielen Genossen, die heute den weißen Gerichten ausgeliefert sind.

Damit ist die Behauptung der „Roten Fahne“, Levi habe sich in seiner Broschüre Entstellungen zuzuschreiben lassen, von Zeugen widerlegt, die auch für die kommunistischen Arbeiter als einwandfrei gelten dürften.

Die gegenwärtige Zentrale der B. R. P. D. erwidert darauf sofort. Sie nagelt zunächst fest, daß die Unterzeichner der Erklärung sich mit Paul Levi solidarisch erklären und die Zentrale anklagen. Sie verweisen darauf, daß die Moskauer Exekutive bereits ihr Urteil gesprochen habe (der Papst hat gesprochen, die Sache ist entschieden...) in dem bekannten Aufruf: „Ihr habt recht gehandelt!“ Es wird vermerkt, daß die Unterzeichner der Erklärung es trotzdem „wagen“, das Gegenteil zu behaupten. Dann heißt es weiter:

Wir werden das gesamte Material der Exekutive unterbreiten und so rasch wie möglich ihre Einseitigkeit einholen. Wir erwarten und müssen von allen Parteigenossen verlangen, daß sie bis dahin alle, die Partei nur schädigenden Treibereien unbedingt unterlassen. Wir müssen ferner verlangen, daß dem Spruch des Exekutivkomitees der Dritten Internationale als der höchsten entscheidenden Körperschaft Folge geleistet wird so lange, bis es möglich ist, einen deutschen Parteitag einzuberufen. Wir sind schon heute davon überzeugt, daß das Urteil der Exekutive im Sinne des einstimmig beschlossenen Aufrufes der Exekutive ausfallen wird. (Dös glaubt!) Die Exekutive hat in der Frage der italienischen Parteispaltung und des Ausscheidens der fünf Genossen aus der Zentrale nicht bei uns ein Abweichen von den Grundzügen der Dritten Internationale festgestellt, sondern bei den anderen.

Diese Erklärung der Zentrale der B. R. P. D. dürfte besser als alle bisherigen Vorgänge geeignet sein, der deutschen Ar-

beiterschaft zu zeigen, wohin die bedingungslose Annahme der Moskauer Grundzüge und die Abhängigkeit von der kommunistischen Internationale führt. Die deutsche Zentrale wird die Entscheidung über die in der Partei bestehenden Konflikte nicht der Vertretung der Mitgliedschaft, nicht einem deutschen Parteitag übertragen, sondern sie wird die Entscheidung von Moskau einholen. Bis dahin habe die Mitgliedschaft zu schweigen. Aber auch danach wird sie zu schweigen haben, denn wenn die 21 Moskauer Thesen besagt werden, dann verfaßt jede Opposition, die sich auf einem der Entscheidung der Exekutive nachfolgenden deutschen Parteitag etwa gegen den vorliegenden Spruch der Moskauer Parteitag sollte, sofort die Ausschließung. Das ist ja auch der Zweck des Vorgehens der Zentrale. Herr Levi und die Seinen erfahren zu spät, wie schnell sich in der Moskauer Kirche der Jesuitenorden entwickelt hat.

Die gegenwärtigen Führer der B. R. P. D. fühlen sich denn auch, wie ihre Erklärung beweist, absolut sicher. Und wir glauben, sie haben ein Recht dazu. Sie dürfen annehmen, daß die Exekutive bei ihrem Wort „Ihr habt recht gehandelt!“ bleiben wird. Was aber nur von neuem zeigt, daß die B. R. P. D. rettungslos der A. R. P. D. - Taktik und damit der Auflösung und Zerfegung verfallen ist.

Otto Braß und Kurt Gener, die zur Sitzung der Exekutive in Moskau weilten, haben dort am 6. April ebenfalls eine Erklärung abgegeben, worin sie gegen die Stigmatisierung der aus der Zentrale ausgeschiedenen fünf Mitglieder als rechten Flügel protestieren. Die beiden bedauern ferner, daß ihre, der Exekutive vorgelegte Resolution von dem Vertreter der Zentrale der B. R. P. D., Wilhelm Koenen, als im Widerspruch mit den Beschlüssen des deutschen Zentralkonferenzen stehend, bezeichnet worden ist. Es ist hübsch, daß man auf diese Weise erfährt, daß Wilhelm Koenen, der „Bemährte Führer“ des revolutionären mitteldeutschen Proletariats, der sich, kühnster Feigling, der er ist, immer während der Aktion seiner Truppe in Moskau in Sicherheit befand, die Aktion billigt und gegen die Leviten steht. Die Zentrale der B. R. P. D. aber erklärt zu alledem kurz und bündig: „Durch die Beschlüsse des Zentralkonferenzen und der Exekutive ist für uns die Angelegenheit erledigt.“ Womit sich die in der kommunistischen Partei organisierten Arbeiter werden begnügen müssen.

Heimgelunden

Zu dem unter obiger Überschrift erschienenen Artikel in der Sonntagsnummer der „Freiheit“ gestatte ich mir, als Geschäftsführer der Freireligiösen Gemeinde und Mitglied der U. S. P. D., folgenden zu erwidern:

Die Abwanderung von Herrn Ernst Däumig in das Gebiet der großen Käsepolitik hat keine Lücke in den Kreis unserer künftigen Redner gerissen, denn Herr Däumig hat während der ganzen Zeit als Redner mitgewirkt und seinen letzten Vortrag im Januar dieses Jahres gehalten. Es ist also ein Irrtum, daß Herr Däumig uns die Treue gebrochen hätte.

Zu der Äußerung von der „um Adolph Hoffmann geklärten Gemeinde“ möchte ich bemerken, daß neben Hoffmann ein Anhänger der U. S. P. D. als zweiter Vorsitzender fungiert und die Partei der politischen Parteien auch im Vorstand mit drei Kommunisten, drei U. S. P. D. und einem S. P. D.-Mitglied zufällig gemischt ist.

Ich sage ausdrücklich zufällig; denn ich möchte gleichzeitig zum Ausdruck bringen, daß wir bisher nicht nach der Parteizugehörigkeit gefragt haben und es unser Stolz war, die Parteizugehörigkeit wenigstens auf diesem, von uns bedienten Kulturgebiet hintanzustellen. Und wir leben in der Hoffnung, hier die Unter-scheidung aller einschlägigen Menschen zu finden. Ganz gleich, welchen politischen Anschauungen sie sich angeschlossen.

Wenn dem so ist, so beglückwünschen wir die Freireligiöse Gemeinde dazu recht herzlich. Die beteiligten Kommunisten aber haben sich durch eine solche Haltung eines schweren Vergehens gegen die Moskauer Gesetze schuldig gemacht, denn eigentlich hätten sie sich auch in der Gemeinde als „Jellen“ benehmen müssen.

Internationaler Transportarbeiterkongress. Der Internationale Transportarbeiterkongress wird heute in Genf eröffnet werden. Man erwartet etwa 100 Teilnehmer. Die Tagung dürfte acht Tage dauern.

bewachsen, von dem zahlreiche Schaffamilien zehren, und in dem schweren Marschboden gedeihen die vielerlei Obstbäume, sich zu einer gewaltigen, in unzählige Einzelbüchler wieder auslösenden Plantage vereinigen. Bis an den Elbbel ziehen sich diese Obsthöfe hin. Und nun, im April bis zum Mai, prangt dieser riesige Obstwald im herrlichsten weißen Blüten-schmuck! Ein richtiges Blütenmeer ist es, wenn man von erhöhtem Standpunkte den Blick über dieses Ganze schweifen läßt, und Wäldchen ist der Duft, der den Milliarden von Blüten entströmt, die ganze Luft aromatisch durchdringend.

Und dann ist eines noch vorhanden, das im Vergleich mit anderen deutschen Obstgärten so sehr zugunsten des „Alten Landes“ spricht, der hier schon drei bis vier Kilometer breite majestätische Strom der Unterelbe. Erst die Elbe verleiht dem „Alten Lande“ seinen höchsten Reiz. Der Strom, daraus zur Friedenszeit Kiesen des Weltverkehrs und ungezählte kleinere und kleinste Fahrzeuge verkehren — jetzt ist der deutsche Uebersee-Schiffverkehr freilich schwer behindert —, ist der eigentliche Kern dieses Landes, denn mit seinen Tiden, den sehr stark sich bemerkbar machenden Erscheinungen von Flut und Ebbe, wirkt er auch auf die Flüßchen ein, die das „Alte Land“ durchqueren und sich in die Elbe ergießen. Daher hat man auch diese Nebenflüsse eindeutig müssen.

Handel und Wandel blühen hier in mandertel Gestalt. Neben dem Obstzüchter und -händler wohnt der Kleinschiffer, der Schiffszimmermann, der Poise und zahlreiche Handwerker und Kaufleute haben sich in der Elbmarsch niedergelassen. Das Land wird viel von Fremden aufgesucht, zumal es auch manche Stille guter Konzentration birgt. Dazu sind zu rechnen die bereits oben erwähnten prächtigen Siebelshäuser, die leider mehr und mehr durch geschmacklose Neubauten ersetzt wurden, und manchen kunstvolle Schmuck in Möbel und Hausat. Zur Zeit der Blüte ergießt sich aus den umliegenden Ortschaften, Stade, Burgstedt, Harburg, vor allem aber aus Hamburg, ein riesiger Kaufmannstrom ins Land. Da gibt es denn im Riesenschiffbau eine Menge Klein- und Großschiffe, die Besuche des Blütenlandes nicht erkränken. Wer aber am frühen Morgen auf dem Uferbeland zwischen Lüne und Steinbüchen buchstäblich unter Blüten wandelt, oder vor dem großen Elbbelch her den eigenartigen Gesang — hier die Stille des Landes —, darf eine der großen Herrlichkeiten des Weltverkehrs — auf sich wirken läßt, der wird solche Eindrücke nie wieder vergessen.

K. W.

Zum 68. Geburtstag von Hermann Mühlstein. Ged. Kai Mühlstein, der hervortragende Berliner Architekt und Führer der neuen deutschen kunstgewerblichen Bewegung, vollendet diesen Mittwoch sein 68. Lebensjahr. Mühlstein, der aus Groß-Neu-

hausen stammt, hat als Architekt begonnen an der Berliner Hochschule und im Meisteratelier Hermann Endes; dann ging er für vier Jahre nach Japan, wo er manches gebaut hat, und war schließlich als Architekt sieben Jahre lang der deutschen Botschaft in London zugeordnet. Dieser Aufenthalt wurde maßgebend für sein künstlerisches Schaffen und für unser neueres Kunstgewerbe überhaupt. In die reiche Tradition des englischen Wohnhauses, den er in weitverbreiteten Büchern dargestellt hat, knüpfte er an, wenn er nun in Deutschland dem ländlichen Wohnen des Großbüdners eine Form schuf, die mit raffinierter Kunst und dabei einfacherster Anseher Gestalt aus dem Zweck, der Lage, der Raumlichkeiten entwickelt wurde. So schuf Mühlstein Bauten, die an Wohnlichkeit nicht zu übertreffen sind. In England studierte er aber nicht minder auch die neuen kunstgewerblichen Ideen, die vom Kreis Morris' ihren Ursprung genommen hatten. Auf ihrer Grundlage wurde Mühlstein einer der Hauptanreger des Arbeit des Werkbundes, dessen 2. Vorstand er wurde. In der preussischen Landesgewerkschaft berufen — heute ist er Ministerialrat im Handelsministerium — reorganisierte er den kunstgewerblichen Unterricht in Preußen. Ihm dankt Berlin z. B. die Bestimmung Bruno Pauls zur Neugestaltung der Unterriehsanstalt des Kunstgewerkes. Er wurde der erfolgreiche Gegner des pseudo-wissenschaftlichen Geistes, der das kunstgewerbliche und architektonische Studium zu betreffen drohte. Sein Streben war es, die ursprünglich wehr kunstgewerbliche gerichtete deutsche Bewegung in eine streng architektonische überzuführen. Auf der denkwürdigen Werkbundtagung von 1914 in Köln zog er in einem großen Vortrage die Summe zehnjähriger Arbeit und drängte in scharfsinnigen Herderungen auf Tapferung der Form, auf Schaffung von Grundzügen für einen großen kunstindustriellen Export. Sears von de Weide hat ihm damals in der Besorgung vor einer Einschränkung des freien und ursprünglichen künstlerischen Schaffens widersprochen. In den letzten Jahren hat Mühlstein auch eine Anzahl von Kleinbauten, z. B. in Hettlerau, geschaffen; sein Gedanken über dies Gebiet in einem wichtigen Werke über Kleinbau und Kleinfabrikation niedergelegt und die Bauten der Tafelanstalt in Hanau entworfen, wie er über-haupt im Industriebau vieles Anregende geschaffen hat.

Der Kulturwissenschaften in Moskau beteiligt. Die Moskauer Mission für Hygiene und Justiz der Sowjetrepublik veröffentlicht folgende Resolution: Die gegen die Flucht vor dem Rinde (Unterbrechung der Schwanzerst) getroffenen gesetzlichen Maßnahmen in den kapitalistischen Staaten, wo zahllose Ursachen die Flucht verursachen, können keine Ergebnisse zeitigen. Die Arbeiter- und Bauernregierung ist dessen gewiß, daß die Tätigkeit der sozialistischen Regierung und der moralische Fortschritt des weidlichen Proletariats mit der Bewirkung der Grundzüge des Kulturstaats- und Rinderstuhles die Praxis des Reiments

